



Foto Henry Muchenberger

Schicksalstag für Basels Raucher

Am 27. November entscheidet der Soverän über Rauch oder Nichtraucher in den Beizen

Von Michael Bahnerth

Basel. Es gibt Tage, die geschichtsträchtiger sind als andere. Der 27. November könnte so einer werden, ein Sonntag. Ein Entscheidungstag. 107'470 Baslerinnen und Basler sind aufgerufen, auch über die Volksinitiative «Ja zum Nichtraucherschutz ohne kantonale Sonderregelung» abzustimmen. Ganz einfach gesagt: Wird die Initiative angenommen, darf in einigen Basler Bars, Beizen und Restaurants ganz legal geraucht werden. Wird sie abgelehnt, gehen die Manöver des Vereins Fūmoar und die teilweise dubiosen Repliken aus dem Bau- und Verkehrsdepartement weiter.

Gestern lancierte das quer durch die Basler Parteienlandschaft bestückte Initiativkomitee für einen Nichtraucherschutz ohne kantonale Sonderregelung in der Gilgenstube der Safranunft seine Abstimmungskampagne. Es gab Kaffee, Mineralwasser, keine Aschenbecher, Zuversicht, die Hoffnung, dass Basel sich als weltoffene, liberale Stadt beweisen wird, und zwei Hauptaussagen: Die Basler Gastronomie bleibt einmal und selbstverständlich grundsätzlich rauchfrei. Durch die Konzentration auf das bestehende Bundesrecht soll aber zweitens die Vielfalt der Basler Beizenkultur gesichert werden und das Geschwisterpaar Nikotin und Alkohol eine Möglichkeit erhalten, da und dort zusammen in den Ausgang zu gehen.

Platz für 150 Raucherlokale

Das Bundesrecht, also das Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen, das seit drei Jahren bereits in 19 Kantonen erfolgreich angewandt wird, sieht unter Artikel 3 Folgendes vor: «Restaurationsbetriebe werden auf Gesuch hin als Raucherlokale bewilligt, wenn der Betrieb a. eine dem Publikum zugängliche Gesamtfläche von höchstens 80 Quadratmetern hat; b. gut gelüftet und nach aussen hin leicht erkennbar als Raucherlokal bezeichnet ist und c. nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt, die einer Tätigkeit im Raucherlokal im Arbeitsvertrag zugestimmt haben.» Hinzu kommt, als Faustregel, dass dort, wo gegessen wird, nicht geraucht werden kann.

In Basel trifft die 80-Quadratmeter-Regel, bei der etwa auch der Eingangsbereich, die Toiletten, der Bufferaum, ein Korridor dazu zählen, auf «nur gerade 253 von 892 Betrieben» zu, wie das Initiativkomitee, angeführt von Maurus Ebnetter, dem Geschäftsführer des Wirtverbandes, rechnet. Flächenmässig kämen somit 28,3 Prozent aller Basler Lo-



Nur für Mitglieder. Ohne kantonale Sonderregelung würde sich der Verein Fūmoar bald in Luft auflösen. Foto: Keystone

kale infrage. Von den 253 Betrieben wiederum zählen 55 zur Schnellverpflegung und 21 zu den Speiselokalen. Es verbleiben somit 177 Lokale, die als Raucherlokale infrage kommen und «getränkgeprägt» sind. Summa summarum geht das Initiativkomitee von möglichen 150 Raucherlokalen und 50 bedienten Fūmoirs, also Raucherräumen in Gaststätten, aus. Die Entscheidung Raucher-

oder Nichtraucherlokal liegt beim Wirt. Das entbehrt nicht einer gewissen selbstverständlichen Logik.

Aber diese Zahlenspielerereien sind wie eine Zigarette, die nicht glüht. Wer hinget in die Bars und Beizen und nicht nur zu Hause rumsitzt und den Hang des Menschen zu lässlichen Lastern gesetzlich regeln will, wer also in jenen Teil des Lebens geht, bei dem Aschen-

becher auf den Tischen stehen und Rauch in der Luft hängt, sieht, auch durch den Schleier des blauen Dunstes, dass dort Raucher und Nichtraucher in einträchtiger Harmonie koexistieren. Dass das einen Freiheit die des andern nicht zwangsläufig korrumpiert. Kommt hinzu, dass Menschen rauchen seit Kolumbus den Tabak nach Europa gebracht hat. Der Anteil der Raucher in Europa wird auf 32 Prozent geschätzt. Nimmt man all jene Nichtraucher dazu, die nach ein paar Gläsern dann doch gerne eine rauchen, sind wir bei über 40 Prozent. So sieht das aus im nikotinschwärmerten Teil der Wirklichkeit da draussen.

Vielfalt der Beizenkultur

Natürlich geht es auch um wirtschaftliche Faktoren und darum, dass Betreiber von Bars und kleineren Beizen Umsatzeinbrüche fürchten, wenn zum Bier nicht mehr geraucht werden darf. 670 Millionen Franken werden in Basel durch die Restauration umgesetzt, 8000 Menschen arbeiten Vollzeit und Teilzeit im Basler Gastgewerbe. Aber in erster Linie geht es um Wirtschaftskultur, um die Vielfalt der Beizenkultur und darum, dass es dort, wo im Grunde Toleranz vorhanden ist und ein Bundesgesetz dazu, es nicht zwingend auch noch kantonale Gesetze bräuchte, wie alle anwesenden Initianten, die meisten Nichtraucher, gestern sinngemäss betonten; Maurus Ebnetter, Peter Malama, der FDP-Nationalrat und Direktor des Gewerbeverbands, André Auderset, der LDP-Grossrat, SVP-Nationalrat Sebastian Frehner und Sarah Wüss, die Jusopäsidentin – ausser Ebnetter alle im Wahlkampf.

Das gesellschaftliche Anrecht auf ein bisschen Rauch und einen Raucherraum bei gleichzeitigem Schutz der Passivraucher vor dem möglichen Raucherstoll mit den gängigen Meinungstransportmitteln unters Volk gebracht werden: Print-Inserate, Plakate, Broschüren und 63'000 Bierdeckel, die für ein «Ja» plädieren. Es handelt sich, so Ebnetter, um eine «Sensibilisierungskampagne». Gezeigt werden auch Inserate mit Wirtinnen, die «Aussagen darüber machen, wie sie sich nach der Annahme der Initiative verhalten werden». Bambi Bigliel von der Rio Barist dabei (Rauch), auch Beatrix Berchtold vom Restaurant Aeschenplatz (kein Rauch).

Es gibt diese alte Volksweisheit: Alkohol und Nikotin rafft die halbe Menschheit hin. Aber ohne Schnaps und Rauch stirbt die andere Hälfte auch.

CVP Baselland krebst zurück

Walter Jermann bleibt – vorerst

Von Alessandra Paone

Liestal. Den «Fall Walter Jermann» hat die CVP vorerst zu den Akten gelegt. Der Vorstand der Kantonalpartei hat an seiner gestrigen Sitzung beschlossen, mitten in der heissen Wahlkampfhase nicht mehr Öl ins Feuer zu giessen und von einem Parteiausschluss ihres ehemaligen Nationalrats abzusehen. Die ganze Geschichte sei zu heiss gekocht worden, sagt CVP-Präsidentin Sabrina Mohn. Dafür sei nicht zuletzt auch sie selbst verantwortlich, weil sie in der Hitze des Gefechts überreagiert habe. «In der Endphase des Wahlkampfes gehen die Emotionen hoch», so Mohn. Die Partei wird heute eine schriftliche Stellungnahme zu den Ereignissen der letzten Tage sowie zur gestrigen Vorstandssitzung abgeben.

Für Jermanns Verhalten hat die Aescher Landrätin aber nach wie vor wenig Verständnis. So hätte sie sich gewünscht, dass er die Partei vorgängig darüber informiert, dass er nicht die Ständeratskandidatur seiner Parteikollegin Elisabeth Schneider, sondern jene von Caspar Baader (SVP) unterstützt.

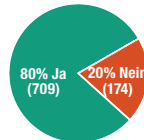
«Ausschluss wäre falscher Weg»

Weil es sich aber beim Dittinger nur um ein «einfaches» Parteimitglied handle, das kein Amt mehr bekleide, wolle der Vorstand der Kantonalpartei nicht weiter eingreifen. «Und überhaupt», so Mohn, «wäre ein Ausschluss wohl der falsche Weg.» Ob am Ende dann doch noch Massnahmen ergriffen werden, entscheidet allein der Vorstand der Ortssektion CVP Laufenfental, der Jermann angehört. Dieser tagt am 1. November. Marc Scherrer, Präsident der Bezirkspartei, wird sich vorgängig zu einem Gespräch mit Jermann treffen (siehe BaZ von gestern).

Für Ärger gesorgt hat in der Baslerbieter CVP nebst Walter Jermanns Mitgliedschaft im Baader-Komitee, das Laufenfentaler CVP-Mitglieder von ihm mitunterschiedene Pro-Baader-Briefe erhalten haben. Dem früheren Präsidenten der CVP Laufenfental wird parteiintern ausserdem vorgeworfen, sich von der Wirtschaftskammer für deren Zwecke instrumentalisieren zu lassen. Jermann ist Ehrenmitglied des Baslerbieter Gewerbeverbands.

frage des tages

Das Ergebnis der Frage von gestern: Sind die Änderungen im Bahnhof SBB sinnvoll?



Hat Thorsten Fink den FCB verschaukelt?

Thorsten Fink verlässt den FC Basel fast fluchtartig, um in Hamburg anzuhauern (S. 2, 24). Das nach kurzem Hin und Her. Finden Sie, dass er den FC Basel verschaukelt hat? > www.baz.ch

ANZEIGE

ortho-portal.ch
Informieren - Austauschen - Fragen - Teilnehmen

ANZEIGE

academia
International School (ais)

Spezial Englischsupport für deutschsprachige SchülerInnen

Die Alternative zur schweizerischen Matura. Massgeschneidert.

Englischsprachiges Gymnasium
Internationaler Abschluss (A - Levels)

Schiffände 3 | Telefon 061 260 20 20
4051 Basel | www.academia-international.ch

Trägerschaften für Schlösser gesucht

Wildenstein und Bottingen sollen der Bevölkerung weiterhin offen stehen

Von Alessandra Paone

Liestal. Offensichtlich bemüht sich die Baslerbieter Regierung um eine Lösung, damit die Schlösser Bottingen und Wildenstein weiterhin der Bevölkerung zur breiten Nutzung erhalten bleiben. Ihren Beitrag dazu leisten will die Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB), die sich für das Schloss Wildenstein interessiert, wie das Schweizer Fernsehen am Mittwoch berichtete.

Die Bank will das Schloss aber nicht verwalten. «Als Schlossherr werden Sie mich also nicht erleben», sagt BLKB-Chef Beat Oberlin lachend. Vielmehr sieht die Bank sich als Vermittlerin, weil sie sehr gute Kontakte zu einem breiten Personenkreis im Kanton hat. Eine finanzielle Beteiligung der Bank ist dabei nicht ausgeschlossen.

Erste Gespräche mit der Regierung hat die BLKB bereits geführt. Dabei sei es vor allem darum gegangen, die Rahmenbedingungen kennenzulernen, sprich: zu erfahren, in welcher Form das Schloss bis jetzt genutzt wurde, so Oberlin. «Nur so können wir ein Konzept ausarbeiten.» In der jetzigen Phase sei es auch unerheblich, wie schliesslich die Eigentümergebote definitiv geregelt sein werden. Wichtig sei es, eine selbsttragende Nutzung zu ermöglichen. Oberlin: «Dazu braucht es den Willen und Beiträge von verschiedenen Seiten.» Toll sei es, dass sich bereits gegen 10'000 Baslerbieterinnen und Baslerbieter mit ihrer Unterschrift für die beiden Schlösser eingesetzt haben.

Hand bieten möchte auch die Basler Berest AG. Sie ist die jetzige Pächterin des Gourmet-Restaurants im Schloss

Bottingen. «Als Betreiber sind wir an einer längerfristigen Nutzung interessiert», sagt Johannes Rudolf Meier von der Berest AG. Wie die Kantonalbank hat auch das Gastro-Unternehmen bereits Gespräche mit der Regierung geführt. «Sollte es zu einem Verkauf des Schlosses kommen, soll unter unserer Führung eine Trägerschaft gefunden werden», so Meier. Wie diese aussehen soll, sei allerdings noch offen.

Mit dem Verkauf der Schlösser Wildenstein und Bottingen will die Regierung die Staatskasse entlasten. Der Unterhalt der beiden Luxus-Liegenschaften kostet den Kanton jährlich 642'000 Franken. Das letzte Wort über den Verkauf hat der Landrat. Dieser wird im Dezember über das 180 Millionen Franken schwere Entlastungspaket abstimmen.